

Rechtsgebiet: 10. Großherzogtum **Sachsen = Weimar.**

Gesetzliche Grundlage:

Gemeindeordnung für das Großherzogtum Sachsen = Weimar = Eisenach vom 17. April 1895 nebst Ausführungsverordnung vom 18. April 1895.

I. Voraus-
setzungen für den
Erwerb des
Bürgerrechts.

Das Bürgerrecht wird erworben entweder

1. durch ausdrückliche Verleihung oder
2. durch definitive Anstellung im Hof-, Reichs-, Staats-, Kirchen- und Schuldienst an dem den Angestellten als Wohnsitz angewiesenen Orte.

Fähig und berechtigt zum Erwerbe sind alle physischen Personen, die Staatsangehörige, rechtlich selbständig und im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind, wenn sie

1. „eine selbständige Nahrung“ haben, mag diese auf Grundbesitz, Kapitalbesitz, Gewerbebetrieb, Anstellung u. s. w. beruhen,
2. im Gemeindebezirke ansässig sind, d. h. Grundbesitz haben, oder sich seit 2 Jahren in der Gemeinde aufhalten.

Verpflichtet zum Erwerbe sind alle männlichen Personen, die zum Erwerbe nach den vorstehenden Voraussetzungen fähig sind und entweder

1. den Unterstützungswohnsitz in der Gemeinde erworben haben, oder
2. seit drei Jahren ein Wohnhaus in der Gemeinde besitzen, oder
3. seit 3 Jahren ein Gewerbe selbständig in der Gemeinde betreiben.

Auch Frauen können also das Bürgerrecht erwerben. Ferner kann das Bürgerrecht in mehreren Gemeinden gleichzeitig befaßt werden. Beim Weggange aus der Gemeinde wird das Bürgerrecht nur dann verloren, wenn der Wegziehende in der Gemeinde weder mit einem Wohnhause ansässig bleibt, noch eine selbständige gewerbliche Niederlassung behält, noch sich innerhalb eines Jahres unter Bestellung eines im Gemeindebezirke wohnhaften Bevollmächtigten zur Entrichtung der Gemeindeleistungen das Bürgerrecht ausdrücklich vorbehält.

Für die Verleihung des Bürgerrechts wird eine gesetzliche Gebühr erhoben. Abgesehen hiervon ist die Erhebung eines besonderen Bürgergewinneldes (wie in Hannover) verboten. Für den Mitgenuß von Gemeindegütungen kann aber ein Einkaufsgeld erhoben werden. Bei der Verleihung des Bürgerrechts erhalten die Bürger einen Bürgerbrief und müssen bei dessen Aushändigung einen Bürgereid leisten.